

LUISE GÜTH

Greifswald

**ZWISCHEN GORBATSCHOW UND WIEDERVEREINIGUNG
DIE BLOCKPARTEIEN DES BEZIRKS ROSTOCK
IN DEN LETZTEN JAHREN DER DDR**

Einleitung

In den Volksdemokratien Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polen und der DDR waren weitere Parteien unter der Führung der jeweiligen sozialistischen Arbeiterpartei zugelassen und in einem „Demokratischen Block“ organisiert. In der DDR existierten neben der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) seit 1948 auch eine liberaldemokratische Partei (LDPD), eine christdemokratische Partei (CDU(D)), eine nationaldemokratische Partei (NDPD) und die Demokratische Bauernpartei (DBD). Diese Blockparteien der DDR¹ sind als weitgehend gleichgeschaltete Institutionen der inszenierten sozialistischen Demokratie bekannt und undifferenziert als instrumentalisierte Transmissionsriemen der Einheitssozialisten diskreditiert. Bestenfalls erscheinen Manfred Gerlach und seine LDPD ob ihrer reformsozialistischen Positionierung ebenso beachtenswert wie die ostdeutsche CDU(D). NDP(D) und DBD werden häufig unter Verweis auf die durch die SED initiierte Gründung, die vorbehaltlose Anerkennung der

¹ Als Blockparteien bezeichnet man die Parteien der DDR, die gemeinsam mit (und unter Führung) der SED den namensgebenden *Demokratischen Block der Parteien und Massenorganisationen* bildeten. Auf Grund der exponierten Stellung der SED wird diese zumeist nicht als Blockpartei bezeichnet, sondern nur die vier kleineren Parteien CDU(D), LDP(D), NDPD und DBD.

Führungsrolle der SED, die ideologische Gleichschaltung und die enge kaderpolitische Verflechtung als willfährige Helfer des SED-Regimes abgetan. Dass diese Vorstellung in ihrer Eindimensionalität nicht der Realität entspricht, sondern es stattdessen ab der Mitte der 80er Jahren ein nicht zu vernachlässigendes politisches Protestpotential innerhalb *aller* vier kleinen Blockparteien² gegeben hat, zeigt meine Dissertation, die ich im Sommer 2015 an der Universität Greifswald einreichen werde.

Als Einblick in den derzeitigen Arbeitsstand und Ausblick auf die zu erwartenden Ergebnisse werde ich im Folgenden mein Forschungsdesign und die bisherigen Resultate von über zwei Jahren empirischer Arbeit thesenartig vorstellen. Auf eine quellengestützte Argumentation muss aus Platz- und promotionsrechtlichen Gründen jedoch ebenso verzichtet werden, wie auf die Darstellung der Entstehung und Entwicklung der Blockparteien bis in die 80er Jahre.

Die erste zentrale Frage meiner Arbeit ist, wie und an welchen Themen sich das von mir festgestellte Unruhepotential unter dem starken Einfluss der Gorbatschowschen Reformpolitik manifestierte, es innerhalb der Partei kommuniziert und zur Mehrheitsmeinung wurde.

Durch das Aufzeigen des Widerspruchs zwischen der Inszenierung der Bündnispolitik durch die SED-Führung und dem zumeist aufrichtigen Engagement der Mitglieder aller Parteien ermöglicht meine Arbeit einen tieferen Einblick in die Ausprägungen und Wirkungsmechanismen zentralistischer Regime: Die Erkenntnis, dass ausgerechnet die vermeintliche Eigenständigkeit der Blockparteien inszeniert und politisch gewollt war, eröffnet einen neuen Einblick in die Instrumentalisierung und den Missbrauch der DDR-Bürger.

Meine Arbeit zeigt, dass sich die Mitglieder aller vier Parteien trotz ihrer unterschiedlichen Traditionen in den 40 Jahren DDR-Geschichte mehrheitlich soweit aneinander angeglichen haben, dass sich die diskutierten Themen, erkannten Probleme und favorisierten Lösungsansätze kaum voneinander unterscheiden: Der Reformierungsbedarf wurde in allen vier Parteien mehrere Jahre vor dem Beginn der Friedlichen Revolution wahrgenommen und artikuliert, jedoch konnte die Enge des Systems derartige Stimmen ohne den zusätzlichen Druck der Straße noch bis zum Herbst 1989 ersticken. Trotz der deutlich angesprochenen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Probleme der DDR haben

² Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) wird nur als Kristallisationspunkt zur Abgrenzung und zur Abbildung der Möglichkeiten und Spielräume der vier untergeordneten Blockparteien benutzt und ist nur mittelbar Gegenstand der Arbeit.

die Blockparteimitglieder bis zum Sommer 1989 keine Wirkungsmöglichkeiten außerhalb der staatlich vorgesehenen Strukturen gesucht und waren durch ihre mehrheitlich noch bestehende Loyalität gegenüber dem politischen System der DDR letztlich auf die entstehende Bürgerbewegung angewiesen, die den Weg für erweiterte Partizipationsformen ebnete.

Das Erstarken des bürgerlichen Protests und das angesichts der gefälschten Kommunalwahl zunehmende politische Engagement der Kirchen wirkte sich im Frühjahr 1989 wie ein Katalysator auf die Mitglieder aller Blockparteien aus und wird daher als Zäsur angesehen. Wie sich die Parteibasis und die einzelnen Funktionärsebenen der Blockparteien ab dem Spätsommer 1989 zu dem Ruf nach Reformierung der DDR positioniert und das seit Jahren keimende Unruhepotential im Zuge der erweiterten Handlungsspielräume zur Profilierung und zur Mitgestaltung des Prozesses der „Wende“ genutzt haben, ist die zweite zentrale Frage meiner Dissertation.

Spätestens ab dem erzwungenen Rücktritt Honeckers als SED-Generalsekretär, Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates am 18. Oktober 1989 waren die Blockparteien auf die Ausbildung eines eigenen Profils angewiesen. Die Basis von CDU(D) und NDPD war ihrer Führung bezüglich der Einsicht in eine notwendige Erneuerung der Parteiprogrammatik weit voraus und forderte seit Mitte Oktober die Rücktritte ihrer wenig reformorientierten Vorsitzenden Götting (CDU(D)) und Homann (NDPD). Im November entfernten alle Blockparteien den Führungsanspruch der SED aus ihren Statuten und begannen mit der Erarbeitung eigener Parteiprogramme.

Die CDU(D) war seit dem Sonderparteitag am 15./16. Dezember mit seiner personellen, strukturellen und inhaltlichen Neuausrichtung die erste Blockpartei, die den Neuanfang vollzogen hat, übrigens zeitgleich zur SED. Alle Blockparteien forderten von der Krenz-Nachfolgeregierung Modrow das Ende des Machtmonopols der SED, traten aber dennoch in die Übergangs-Regierungskoalition ein. Im Januar 1990 beriefen auch NDPD und DBD Sonderparteitage ein, um sich personell und inhaltlich neu aufzustellen. Die einstige Reformpartei der 80er Jahre, die LDP(D), kam erst im Februar zusammen, um die inhaltlichen Weichen für die Zukunft der Partei zu stellen. Diese Sonderparteitage bereiteten gleichsam den Wahlkampf für die Volkskammerwahl im März 1990 vor und sendeten grundsätzliche programmatische und personelle Signale nach Bonn: Diese waren die Voraussetzung für eine Beteiligung der bundesrepublikanischen Parteien am Wahlkampf in der DDR.

Die durch diesen Entwicklungsprozess und durch die sich verändernden politischen Möglichkeiten ausgelösten Wechselwirkungen zwischen Basis und Parteiführung stellen den dritten Schwerpunkt dar: Für die Monate bis zum Frühjahr 1990 wird gezeigt,

- wie sich die Mitglieder von der ideologischen Richtlinienkompetenz der SED und ihrer eigenen Parteiführung emanzipierten,
- ob und gegebenenfalls welche politischen Tendenzen für die einzelnen Parteien auszumachen sind,
- wie sich das Verhältnis zwischen der vermeintlich oppositionelleren Parteibasis, der Kreisebene und den Funktionären auf der Bezirksebene gestaltete,
- ob und welche Ebenen der Parteien in den Herbstmonaten Initiative zeigten und welche Ziele diese verfolgten.

Mit der Volkskammerwahl im März 1990 ist die Friedliche Revolution – die Entmachtung der SED zugunsten einer demokratisch legitimierten Volksvertretung – abgeschlossen. Trotz der Tatsache, dass die Wiedervereinigungsidee ab Dezember 1989 mehrheitsfähig wurde, schließt sich der strukturelle Wiedervereinigungsprozess erst an das Bürgervotum für die *Allianz für Deutschland* im März 1990 an und endet mit dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990. Auch aufgrund der dünnen Quellenlage befindet sich dieser Prozess nicht mehr im Fokus dieser Arbeit.

Um die Leitfragen dieser Arbeit umfassend und differenziert beantworten zu können, liegt das Hauptaugenmerk meiner Untersuchung exemplarisch auf dem Küstenbezirk Rostock.

1. Methode und Quellenauswahl

Konzeptionell orientiere ich mich in meiner Dissertation an dem Paradigma „Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur“, das auf dem Gebiet der „erweiterten Sozialgeschichte“ angesiedelt ist und nicht nur die alltagsgeschichtliche Mikroebene betrachtet, sondern auch die Makroebene umfasst. Dieses In-Bezug-Setzen von individuellen Erfahrungen zu übergeordneten Strukturen rückt einerseits die

Wechselwirkungen zwischen Herrschenden und Beherrschten und andererseits die Wahrnehmung von Herrschaft in den Vordergrund.³

Hierbei wird *Herrschaft* unter Bezugnahme auf Max Weber in ihrem Prozess- und Interaktionscharakter als dauerhafte, kompromissorientierte Interaktion mit den Beherrschten verstanden, wodurch sich die verschiedensten Spielarten von Interaktion zwischen Resistenz, Unterwerfung, Loyalität und Passivität zwischen den Blockparteimitgliedern und dem SED-Staat eröffnen. Die Erkenntnis, dass die Blockparteimitglieder wie auch andere Bürger ihrerseits mit gewissen Machtbefugnissen gegenüber Dritten ausgestattet wurden, macht eine genaue Differenzierung zwischen herrschenden Subjekten und beherrschten Objekten nötig.

Die strukturorientierte Analyse von Herrschaft auf der Makroebene ist in dem hier vorgestellten Konzept nicht ohne die Frage nach dem individuellen Eigen-Sinn auf der Mikroebene zu denken. „Eigen-Sinn“ wird dabei als persönliche oder kollektive Sinnzuschreibung und Deutung verstanden, die von überzeugtem Idealismus bis hin zu offenem Widerstand reichen kann. Als Reaktion auf Herrschaft sind die mannigfaltigen Ausprägungen von Identität oder Nicht-Identität der eigenen mit den Interessen der Staatsmacht nicht losgelöst von herrschaftlich-strukturellen Fragestellungen zu analysieren. So ist der Sinn, den die Angehörigen der Blockparteien in ihrer Mitgliedschaft sahen, zwar auch, aber nicht ausschließlich in den Strukturen des politischen Systems der DDR zu suchen.

Als Quellengrundlage dieser Untersuchung dienen der umfangreiche Quellenkorpus der 14 bzw. 10⁴ Rostocker Kreisverbände, des Bezirksverbands und die Unterlagen der Rostocker Staatssicherheit, die zwar weitgehend archivalisch erschlossen sind, aber bisher nur selten von Wissenschaftlern bearbeitet wurden. Die Untersuchung der Beziehungen zur SED, dem zentralen Regulativ der sozialistischen Demokratie, ist unerlässlich, um den Grad der Eigenständigkeit der Blockparteien beurteilen zu können. Daher hat sich auch die Erschließung des Bestandes der ehemaligen Staatssicherheit und derjenigen SED-Gliederungen als

³ Siehe ausführlich die Einleitung in: *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR (Herrschaft und Erfahrungsdimensionen, Bd. 1)*, Hg. T. Lindenberger, Köln, Weimar, Wien 1999.

⁴ Territorial gesehen, bestand der Bezirk aus 14 Kreisen. Jedoch hatte nicht jede Blockpartei in jedem Kreis einen eigenen Kreisverband. Die DBD unterhielt bspw. keine Parteigliederungen in den vier Landkreisen des Bezirks. Der Bezirk bestand aus den vier Stadtkreisen Rostock, Wismar, Stralsund, Greifswald und den zehn Landkreisen Rostock Land, Wismar Land, Stralsund Land, Greifswald Land, Bad Doberan, Grevesmühlen, Grimmen, Ribnitz-Damgarten, Wolgast und Rügen.

zielführend erwiesen, die direkt mit der Anleitung der Blockparteien beauftragt waren.⁵ Um die grundlegenden Fragestellungen meiner Arbeit zu beantworten, wurden die Quellenfundi der Rostocker BlockparteiKreisverbände

- im Greifswalder Landesarchiv (NDPD),
- im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde (DBD),
- im Archiv des Liberalismus in Gummersbach (LDP(D)) und
- im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (CDU(D)) in Sankt Augustin sowie,
- die entsprechenden Akten der Rostocker Staatssicherheit und der Kreisdienststellen in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU)

gesichtet und ausgewertet. Dabei dienten die MfS-Akten auf Grund des nahezu quellenkritischen Vorgehens der Staatssicherheit und ihrer daraus resultierenden großen Authentizität zeitgleich als inhaltliches Korrektiv gegenüber den Parteiakten.⁶

Im Folgenden werden einige ausgewählte Ergebnisse der bisherigen Forschungsarbeit dargestellt, die auf Grundlage der skizzierten Forschungsdesigns erhoben worden sind.

2. Erste zentrale Ergebnisse

2.1. Unruhepotential

1. Ab dem Jahr 1986 hat es in allen vier Blockparteien ein Unruhepotential gegeben. Vor allem in CDU(D), LDPD und NDPD wird sehr deutlich auf einen Zusammenhang mit den Gorbatschowschen Reformen hingewiesen und die deren Durchführung auch in der DDR gefordert. Zentrale Themen waren eine offene und authentische Medien- und Informationspolitik, die Offenlegung der

⁵ So etwa die Abteilung Befreundete Parteien des SED-Zentralkomitees, die Rostocker Bezirksleitung und die Kreisleitungen.

⁶ Siehe folgenden Sammelband, im Besonderen aber den Beitrag: R. Engelmann: *Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit*, in: *Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung (Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 1)*, Hg. R. Engelmann, K.-D. Henke, Berlin 1995², S. 23–39. Zum Authentizitätsgrad dienstlicher DDR-Akten siehe J. Gieseke: *Im Dschungel der Parteilichkeit – Amtliche Quellen und die Gesellschaftsgeschichte der kommunistischen Diktatur*, Eröffnungsvortrag der Tagung „Von dienstlichen Dokumenten zu Quellen historischer Forschung. Interdisziplinärer Workshop zur Quellenkritik und Dokumentenanalyse“, Bielefeld 16–17.01.2014.

tatsächlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der DDR und ein ehrlicher, selbstkritischer und öffentlicher Diskurs über die weitere Entwicklung der DDR.

2. Die Themen und wahrgenommenen Probleme ähneln sich in allen Parteien. Grundlegende Unterschiede in der Themensetzung gibt es zwischen den eigenständig gegründeten, ehemals bürgerlichen Parteien LDPD und CDU(D) und der SED-Satelliten-Partei NDPD nicht. Nur die Bauernpartei DBD sieht Themenschwerpunkte stärker in ihrem bäuerlich-dörflichen Milieu und hebt sich hierin deutlich von den anderen Parteien ab. Außenpolitische Fragen nehmen – abgesehen von den Reformen Gorbatschows – erst ab 1988 einen zunehmend größeren Stellenwert ein und sind von großer Sorge über die wirtschaftliche und politische Stabilität des Ostblocks gekennzeichnet. Die erzwungenen wirtschaftlichen und politischen Reformen in Polen, Rumänien und Ungarn stehen dabei im Mittelpunkt.

3. Auf Grund der demokratischeren Parteikultur in LDPD und CDU(D) wurde das Unruhepotential nur hier authentisch kommuniziert. Den Anteil von kritischen Inhalten ist bei der LDPD mit etwa 80% der gesamten Informationen seitens der Parteibasis deutlich höher als bei der CDU(D) (etwa 40%) und der NDPD (etwa 20%). In der Bauernpartei liegt er mit nur etwa 5% am niedrigsten. Den Vorständen aller Parteien muss das grundsätzliche Bestehen von Unzufriedenheit in Teilbereichen der sozialistischen Demokratie und Wirtschaft aber bewusst gewesen sein.

4. Obwohl die Informationspolitik der SED in allen Parteien massiv kritisiert wird, ist die LDPD die einzige Partei, bei der in deren Diskussionen ideelle Probleme insgesamt überwiegen. In den anderen drei Parteien dominieren Versorgungsprobleme, Mangel an Dienstleistungsressourcen und fehlende materielle Güter, wengleich die CDU(D) eigene Akzente im Bereich Umweltschutz setzt. Nur die Liberaldemokraten konnten ihre idealistische Tradition gegenüber dem materialistischen Weltbild des Sozialismus bewahren.

5. Alle Parteien weisen mehr oder weniger deutlich auf die Inszenierung der sozialistischen Demokratie durch die SED hin. Sowohl die gewollte Konkurrenzsituation unter den vier Parteien, die gezielte Ausrichtung derer auf bestimmte Wählerschichten, die nur vorgetäuschten Partizipationsmöglichkeiten der Parteien und die überaus dominierende Rolle der SED werden erkannt und in unterschiedlich starkem Umfang kritisiert. Aus dieser Erkenntnis über die Machtmechanismen der SED und die Instrumentalisierung der Blockparteien geht aber keine tiefgreifende Reflexion über die Herkunft der eigenen Positionen bzw. der

Positionierungen der Partei hervor. So erkennen die CDU(D)-Mitglieder zwar, dass der Staat in ihnen einen Mittelsmann zur Kirche sieht, aber nicht, dass die CDU(D) sich gegen die Politisierung und Emanzipation der Kirche aussprechen und engagieren muss, um für die SED überhaupt ein relevanter Einflussnehmer auf die kirchlichen Kreise zu sein.

2.2. Staatsphilosophie und Selbstverständnis

1. Das – anezogene – materialistische Denken des Großteils der DDR-Bevölkerung hat in dem Moment das Ende der DDR eingeläutet, als diese nicht mehr zur Befriedigung der steigenden materiellen Bedürfnisse der Bürger in der Lage war: Die vielproklamierte Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und die überaus enge Verzahnung von wirtschaftlicher und politischer Sphäre in DDR-Planwirtschaft bewirkten, dass jede Kritik an der Versorgungslage gleichzeitig Kritik an der Politik der SED war und somit die DDR destabilisierte.⁷

2. Nur bei der ursprünglich kleinbürgerlich-geprägten LDPD werden freiheitlich-politische und gesellschaftliche Fragestellungen prioritär behandelt. Dieser Primat des Ideellen macht die am deutlichsten reformorientierten Liberaldemokraten zu derjenigen Partei, mit der eine ausschließlich politisch reformierte DDR bis zum Sommer 1989 am ehesten umzusetzen gewesen wäre.

3. Unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der DDR hat die überalterte SED-Führung nicht verstanden, dass die Nachkriegsgeneration mehrheitlich andere materielle Ansprüche stellt und die bislang propagierte Legitimation durch die vermeintliche Friedenspolitik der DDR und das antifaschistische Selbstverständnis des Staates als Werte nur noch eine abstrakte Bedeutung haben.

2.3. Emanzipation der Blockparteien

1. Die Reformen Gorbatschows lösten trotz der eingeschränkten und z.T. manipulierten Berichterstattung in den DDR-Medien bei allen Blockparteien außer der DBD große Erwartungen an die Reformierbarkeit der DDR aus. Im Zentrum der Kritik standen Wirtschafts- und Informationspolitik sowie die Handhabung der Führungsrolle und die mangelnden Einflussmöglichkeiten der Blockparteien. Als die Hoffnungen auf eine Erneuerung der DDR ab dem Jahr

⁷ Siehe dazu z.B. B. Bouvier: *Sozialpolitik in der Ära Honecker*, in: *Die DDR – eine deutsche Geschichte. Wahrnehmung und Wirkung*, Hg. D. Brunner, M. Niemann, Paderborn 2011, S. 203–218.

1987 durch die Starrheit und Unwilligkeit der SED-Leitung enttäuscht wurden, setzte sich die Einsicht durch, dass die angestrebten Veränderungen nur nach der Erhöhung des eigenen Einflusses umzusetzen seien.

2. Die Bezirksebene der Blockparteien wirkte insgesamt wenig restriktiv auf die Mitglieder und die Unmutsäußerungen der Basis. Sie gab die Informationen und Kritik der Parteimitglieder zutreffend an die Parteileitung weiter. Personelle Veränderungen auf Kreisebene wurden nicht von der Bezirksleitung vorgenommen oder initiiert, sondern im ZK der SED beschlossen.

3. Wie groß die Handlungs- und Meinungsspielräume der Kreisfunktionäre waren, zeigt die Breite der geäußerten Positionen, die keine Konsequenzen nach sich zogen. Auffällig ist, wie unterschiedlich stark diese aber tatsächlich genutzt wurden. Das Paradigma der erzwungenen Anpassung lässt sich so deutlich widerlegen.

4. Aufgrund dieser relativen Meinungsfreiheit ist die politische Disparität zwischen den einzelnen Kreisverbänden sehr hoch. Auffallend pro-westlich ist der Grenzkreis Grevesmühlen, besonders konform dagegen Stralsund. Parteiübergreifende regionale Hochburgen des Protests lassen sich – abgesehen von der Bezirkshauptstadt Rostock und der Insel Rügen – jedoch nur für einzelne Themen bestimmen.

2.4. Offizielle und inoffizielle Zusammenarbeit mit der SED und dem MfS

1. Neben breiten Kommunikationspfaden der offiziellen Zusammenarbeit mit der SED und dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) baute das MfS auch gezielt inoffizielle Kontakte aus. Offiziell standen SED und das Ministerium mit allen Bezirksvorsitzenden in regelmäßigem Kontakt, planten alle Kaderveränderungen mit, bezogen alle Informationsberichte der Bezirksebene, redigierten alle konzeptionellen Texte, waren jederzeit über die Mitgliederbewegung in den Parteien informiert und kontrollierten deren politische Anleitungstätigkeit.

2. Darüber hinaus unterhielt das MfS ca. 350 inoffizielle Informanten in den Gliederungen der Rostocker Blockparteien.⁸ Diese waren sowohl funktionslose Mitglieder als auch Funktionäre. Die wenigsten wurden jedoch zur direkten Beeinflussung ihrer Organisationen benutzt, sondern hatten neben rein informativen Aufgaben zumeist Aufträge in ihrem privaten Umfeld. Besonders

⁸ IM-Dislozierung BV Rostock vom 13.04.1989, BStU, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 621, Bl. 166.

stark durchdrungen waren die regionalen Printmedien der Parteien. Die Situation wurde insgesamt als „kontrolliert“ eingeschätzt. Erst im März 1989 änderte sich das: Das MfS stellte nun einen gestiegenen Informationsbedarf fest, rekrutierte vermehrt Parteimitglieder, reaktivierte bereits stille IM oder erweiterte die Aufgaben der bestehenden um die direkte Parteiarbeit. Auch direkte Einflussnahmen auf die Meinungsbildung innerhalb der Parteien kamen nun häufiger vor. Ein direkter Zusammenhang mit den wachsenden Emanzipationsbestrebungen der Basis wurde jedoch nicht explizit angesprochen.

3. Über die offiziellen und inoffiziellen Informationskanäle waren sowohl die jeweiligen Parteileitungen als auch SED und MfS zu jeder Zeit umfassend über die Meinungsbildung und die Tendenzen in der Willensäußerung der Mitglieder informiert. Ein Eingehen auf die Kritik der Parteimitglieder, auch der eigenen, war jedoch seitens der SED nicht vorgesehen. Die Enge des politischen Systems der DDR und die zentralistische Machtausübung hätten ein eventuelles Entgegenkommen der Blockparteileitungen ohnehin unmöglich gemacht. Überraschenderweise stimmten aber die politischen Einschätzungen des MfS über einzelne Funktionäre nicht unbedingt mit deren tatsächlichem Wirken überein. Einige Kreisfunktionäre wurden als „gefährlicher“ eingeschätzt, als sie tatsächlich waren. Andere, die deutlich non-konformere Positionen vertraten, wurden gar nicht erst durch das MfS beobachtet.

2.5. Parteispezifika

1. Die DBD wies mit Abstand die größte Nähe zur SED auf. Die Parteikommunikation der DBD zeigt den höchsten Grad der Bezugnahme zu Schriften, Reden, Positionen und Argumenten der SED. Sie verstand sich selbst als treueste Verbündete, publizierte ihre Parteipresse über einen SED-eigenen Verlag und legte auch in der Kaderpolitik größten Wert auf Einvernehmlichkeit mit der SED. Die parteiinternen politischen Schulungen wurden zudem zu großen Teilen von SED-Kadern durchgeführt. Die DBD beschäftigte sich hauptsächlich mit tagespolitischen Anliegen aus dem landwirtschaftlichen und bäuerlichen Umfeld. Generelle Aussagen über die politische oder wirtschaftliche Situation der späten DDR kamen selten vor.

2. Im gesamten Betrachtungszeitraum ist die LDPD die Partei mit der authentischsten Sprache und der höchsten Selbstreferenzialität. Sie bezog sich nicht vornehmlich oder überwiegend auf Schriften und Vorgaben der SED, sondern setzte sich hauptsächlich mit der Argumentation ihres eigenen Parteivorstandes

auseinander. In der Parteikommunikation erwies sich die LDPD als diejenige Partei mit dem höchsten Anteil kritischer Inhalte und einer natürlichen Sprache, die sehr wenig von Floskeln, Ritualen und Zustimmungsbekundungen geprägt war. Dieser eigenständige und authentische Geist der Berichterstattung spiegelt die Atmosphäre auf den Parteiveranstaltungen treffend wider. Auch in den Wendemonaten setzte sich die LDPD am wenigsten mit der SED-PDS auseinander und verzichtete folglich auch auf die Strategie der aggressiven Abgrenzung, die die anderen Parteien verfolgten und die überwiegend auch von den Mitgliedern gefordert wurde. Da sie zudem länger an reformsozialistischen Vorstellungen (und damit ihren Forderungen der letzten vier bis fünf Jahre) festhielt, geriet die einstige Reformpartei ab Dezember 1989 vor allem gegenüber der CDU(D) ins Hintertreffen.

3. Das kritische Potential der nationaldemokratischen NDPD wird von bisherigen Forschungsarbeiten unterschätzt.⁹ Im Gegensatz zu dem langjährigen und äußerst angepassten Vorsitzenden Homann äußerte die Basis ähnlich grundlegende Kritik am Zustand von Staat, Politik, Demokratie und Wirtschaft der DDR wie die LDPD und CDU(D), die jedoch aufgrund der restriktiveren Parteikommunikation in geringerem Umfang an die Parteispitze weitergegeben wurde. Bei der NDPD wird sehr deutlich, dass die Parteiführung nicht an Meinungsbekundungen der Mitglieder interessiert war, geschweige denn, diese umzusetzen gedachte. An der Beurteilung des Protestpotentials der Basis ändert dieser Umstand jedoch nichts.

4. Die CDU(D) ist die Partei, die sich im Herbst/Winter 1989/90 am schnellsten profilieren und sich am besten behaupten konnte. Während sie bis zur „Wende“ im Vergleich zur LDPD gemäßigte Töne anschlug und sich insbesondere in den Bereichen „Kirche“ und „Umweltschutz“ engagierte, vollzog sie die programmatische Neuausrichtung unter dem Druck ihrer Mitglieder und der bundesdeutschen Schwesterpartei CDU noch im Dezember 1989. Obwohl der neue Vorsitzende Lothar de Maizière beides nicht intendierte, sondern lediglich

⁹ Siehe hierzu z.B. J. Haas: *Die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD). Geschichte, Struktur und Funktion einer DDR-Blockpartei*, Bamberg 1988 oder R. Höhne: *Von der „Wende“ zum Ende. Die NDPD während des Demokratisierungsprozesses*, in: *Parteien und Wahlen im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern*, Hg. O. Niedermeyer, R. Stöss, Opladen 1994, S. 113–142; D. Staritz: *Die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD)*, in: *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.)*, Hg. H. Weber, S. 215–239.

äußeren Zwängen und Erwartungen nachgab, vollzog sich unter ihm die Abkehr der CDU(D) vom Sozialismus und einer souveränen DDR. Damit bereitete er den Weg zur Deutschen Einheit vor, setzte sich bis zu deren Vollzug im Oktober 1990 aber für ein gleichberechtigtes Zusammenwachsen beider Staaten ein.

5. Die Bedeutung der „Intellektuellen“ unter den Mitgliedern ist insbesondere bei der LDPD immens hoch. Sehr häufig wurde von der Vorreiterrolle der Intellektuellen berichtet. Sie sprachen Probleme häufig zuerst an, setzten die Themen, lieferten Interpretationsansätze und beeinflussten Wertungen. Die Universitätsstädte Rostock und Greifswald machten hier aber keine Besonderheit gegenüber ländlich geprägten Kreisen wie etwa Rügen aus. Bei allen anderen Parteien fiel diese Gruppe nicht auf, obwohl sie einen ähnlich hohen Anteil der Mitglieder ausmachten.

6. Im Zuge der veränderten Staatlichkeit war auch die Frage der Oder-Neiße-Grenze zwischen Deutschland und Polen häufig im Fokus. Alle Parteien lehnten eine mögliche Diskussion über den Grenzverlauf jedoch vehement ab und betonten die guten, nachbarschaftlichen Beziehungen, insbesondere in den Verbänden der östlichen Kreise und dem Grenzkreis Wolgast. Stärker als die übrigen Parteien setzt sich die NDPD für die Beibehaltung des Status Quo ein, obwohl sie die erste Partei war, die eine mögliche Konföderation zwischen DDR und BRD bereits Mitte November in Aussicht gestellt hat.¹⁰

2.6. Nach-„Wende“-Karrieren

1. Die Stürze der Parteivorsitzenden Homann (NDPD) und Götting (CDU) Anfang Dezember 1989 waren mit der Staatssicherheit abgesprochen und wurden von dieser befürwortet, um die Stabilität der DDR im Sinne der Krenz-Wende zu erhalten.¹¹ Erst bei der Neubesetzung konnte sich die SED nicht mehr durchsetzen. Der „Befreiungsschlag“ von der Vormacht der SED bestand also nicht in der Absetzung der Parteivorsitzenden, sondern erst in der Neubesetzung mit Hartmann (NDPD) und de Maizière (CDU(D)).

2. Das „oppositionelle Potential“ der späteren Polit-Stars Krause (CDU) und Ortleb (LDPD) wird im Vergleich zu anderen Funktionsträgern ihrer Partei überschätzt. Beide bewegten sich im Rahmen der Stimmungslage ihrer

¹⁰ Grundsatzrede Hartmann am 17.11.1989, Landesarchiv Greifswald, Bestand NDPD/4.132/61, Bl. 8.

¹¹ Persönliche Information des Ministers für Post- und Fernmeldewesen vom 1.11.1989, BStU, MfS HA XX, Nr. 4836, Bl. 39.

Bezirksverbände im Mittelfeld. Während Krause auch vom MfS als „gefährlicher“ eingeschätzt wird als er tatsächlich war, taucht Ortleb in den Stasi-Akten nur selten auf. Dagegen werden tatsächlich progressive Funktionäre vom MfS kaum wahrgenommen.

3. Die tatsächlichen Vorreiter beider Parteien machten nach 1989 keine politische Karriere und strebten diese scheinbar auch nicht an, sondern zogen sich noch im Jahr 1989 von politischen Ämtern zurück. Das Talent, günstige Aufstiegschancen wahrzunehmen, nutzten eher diejenigen, die auch schon vor dem Herbst 1989 wussten, „woher der Wind weht“.

4. Die NDPD und DBD sind bereits im März bzw. August 1990 in dem liberalen Wählerbündnis BFD (Bund Freier Demokraten) bzw. der CDU(D) aufgegangen und anschließend in die Gliederungen von FDP und CDU übergegangen. In den vereinigten bundesdeutschen Parteien konnten sich jedoch nur wenige ehemalige Blockparteimitglieder durchsetzen. Auf der zentralen Partei- und Regierungsebene fanden sich bis zur Mitte der 90er Jahre noch vereinzelt ehemalige Mitglieder der Blockparteien. Mit Ausnahme der amtierenden Ministerpräsidentin Thüringens, Christine Lieberknecht, sind sie nur äußerst selten oberhalb von Kommunal- und Landesregierungen zu finden.

Am Beispiel der Blockparteien und ihrer Mitglieder in den letzten Jahren der DDR analysiert meine Dissertation, wie genau Herrschaft und Eigen-Sinn miteinander verknüpft waren. Damit leistet sie einen Beitrag zur weiteren Erschließung und Beschreibung der verschiedenen Konstellationen von Wirklichkeit und Möglichkeit in der DDR.

LUISE GÜTH

Tłumaczenie Krzysztof Nerlicki, Katarzyna Sztefarska

**MIĘDZY GORBACZOWEM A ZJEDNOCZENIEM NIEMIEC
PARTIE BLOKU W OKRĘGU ROSTOCK
W OSTATNICH LATACH NRD**

Wstęp

W demokracjach ludowych Bułgarii, Czechosłowacji, Polski i NRD dozwolone było tworzenie innych partii pod przywództwem rządzącej w danym kraju socjalistycznej partii robotniczej. Partie te były zgrupowane w tzw. bloku demokratycznym. W NRD od 1948 roku oprócz Socjalistycznej Partii Jedności Niemiec (SED) działały także Liberalno-Demokratyczna Partia Niemiec (LDPD), Chrześcijańska Demokracja Niemiec (CDUD), Narodowo-Demokratyczna Partia Niemiec (NDPD) i Demokratyczna Partia Chłopska Niemiec (DBD). Partie należące do bloku (niem. *Blockparteien*)¹ były organizacjami pozorującymi demokrację socjalistyczną i bez większych różnic ogólnie dyskredytowane jako zinstrumentalizowane pasy transmisyjne zjednoczonych socjalistów. Jedynie Manfred Gerlach i jego LDPD zyskała uznanie jako partia reformatorskiego socjalizmu, podobnie jak wschodnioniemiecka CDUD. NDPD i DBD, zainicjowane przez SED i ściśle z nią współpracujące, bezkrytyczne wobec jej kierowniczej

¹ Mianem *Blockparteien* określano partie w NRD, które wspólnie z SED (lub pod jej przewodnictwem) tworzyły Demokratyczny Blok Partii i Organizacji Masowych (Demokratischer Block der Parteien und Massenorganisationen). Z powodu eksponowanej pozycji, SED najczęściej nie nazywano partią bloku, tylko cztery mniejsze partie: CDU(D), LDP(D), NDPD i DBD.

roli i ideologicznej jedności, nie cieszyły się dużą popularnością. Pozorna jednowymiarowość tych partii nie zgadzała się jednak z rzeczywistością, od połowy lat osiemdziesiątych XX wieku w każdej z nich drzemał bowiem duży potencjał opozycyjny². Zarysowana tematyka jest przedmiotem rozprawy doktorskiej, którą przygotowuję na Uniwersytecie w Greifswaldzie.

W artykule przedstawiono obecny stan moich badań oraz perspektywy dalszych wyników po ponaddwuletniej pracy empirycznej. Ze względu na ograniczoną objętość tekstu oraz z powodów prawnych związanych z moją dysertacją muszę zrezygnować z argumentacji bazującej na źródłach. Nie będę też przedstawiać genezy powstania i rozwoju partii skupionych w bloku.

Pierwsze zasadnicze pytanie pracy brzmi: Jak i w jakich tematach manifestował się niepokój, wynikający z reform politycznych Gorbaczowa, jak o tym dyskutowano w gremiach partyjnych i jak stawał się on głosem większości?

Pokazanie w pracy sprzeczności między pozorowaną jednością manifestowaną przez SED, a w początkowej fazie także przez inne partie, umożliwi głębsze spojrzenie na rozwój i mechanizmy wzajemnego oddziaływania w reżimach centralistycznych. Daje możliwość dostrzeżenia, że źle pojęta samodzielność partii satelickich była wyreżyserowana i politycznie wymuszona. Ukazuje proces instrumentalizacji i wykorzystania obywateli NRD.

Przedstawiciele wszystkich czterech partii, mimo ich różnych tradycji w 40-letniej historii NRD, w większości tak się do siebie upodobnili, że dyskutowane tematy, podejmowane problemy i preferowane rozwiązania prawie się w ogóle od siebie nie różniły. Potrzeba reform była odczuwana i artykułowana wewnątrz wszystkich partii, wiele lat przed pokojową rewolucją. Ograniczoność systemu sprawiała, że takie głosy, bez dodatkowego nacisku ulicy, do jesieni 1989 roku ginęły. Mimo jasno formułowanych problemów gospodarczych, społecznych i politycznych partie bloku nie miały przed 1989 rokiem możliwości wpływu na bieg wydarzeń, poza przewidzianymi strukturami państwowymi. Poza tym, ich większościowa lojalność wobec systemu politycznego NRD sprawiała, że w ostatecznym rozrachunku były zdane na tworzący się ruch społeczny, który uitorował drogę do rozszerzonych form partycypowania we władzy.

Po sfałszowanych wyborach komunalnych wiosną 1989 roku wzrost protestów społecznych i roli kościołów zaangażowanych politycznie działał na

² Socjalistyczna Partia Jedności Niemiec (SED) jest traktowana w tej pracy jako punkt odniesienia celem odgraniczenia i odwzorowania możliwości i przestrzeni działania czterech podporządkowanych jej partii. Odwoływanie się do niej jest tylko pośrednim przedmiotem badań.

członków wszystkich partii jak katalizator. Dlatego trzeba uznać ten czas za pewną cezurę wydarzeń. Drugie kluczowe pytanie w dysertacji brzmi: W jaki sposób członkowie partii i ich funkcjonariusze nawoływali od późnego lata 1989 roku do reformy NRD? W jaki sposób wykorzystali kielkujący od lat społeczny niepokój w celu sprofilowania i współtworzenia procesu przemian?

Po wymuszonej dymisji Honeckera z funkcji sekretarza generalnego SED, przewodniczącego Rady Państwa i Rady Bezpieczeństwa Narodowego, 18 października 1989 roku wszystkie partie musiały stworzyć własne profile. CDU(D) i NDPD wyprzedziły swoje kierownictwo w kwestii konieczności unowocześnienia programów partii, żądając od połowy października dymisji swoich nieskłonnych do reform przywódców – Göttinga (CDUD) i Homanna (NDPD). W listopadzie wszystkie partie usunęły ze swoich statutów zapisy o kierowniczej roli SED, rozpoczynając tym samym prace nad własnymi programami.

Po nadzwyczajnym zjeździe partii 15 i 16 grudnia, CDU(D) była pierwszą partią, która opracowała nowe wytyczne personalne, strukturalne i programowe (podobnie jak SED). Wszystkie partie żądały od następcy Krenza – Modrowa likwidacji monopolu władzy przez SED, przystąpiły jednak do przejściowej koalicji rządowej. W styczniu 1990 roku także NDPD i DBD przeprowadziły swoje nadzwyczajne zjazdy, aby dokonać nowego otwarcia personalnego i programowego. LDPD, partia dążąca do reform już od lat osiemdziesiątych, zwołała swój zjazd dopiero w lutym, aby „przestawić zwrotnice” na nową przyszłość. Na wszystkich zjazdach partyjnych przygotowywano się także do kampanii wyborczej do Izby Ludowej (Volkskammer) w marcu 1990 roku, śląc sygnały personalne i programowe do Bonn. Było to warunkiem udziału partii zachodnioniemieckich w kampanii wyborczej w NRD.

Trzeci filar przygotowywanej rozprawy doktorskiej stanowi zaprezentowanie stosunków między kierownictwami omawianych partii a ich członkami, które wytworzyły się na fali omawianego procesu historycznego i wynikających z niego nowych możliwości politycznych. W pracy ukazano proces dokonujący się w ciągu tych kilku miesięcy do wiosny 1990 roku. Uwagę skupię na następujących problemach:

- jak emancypowali się członkowie poszczególnych partii od ideologicznych prądów SED oraz ich własnych przywódców partyjnych,
- czy, a jeśli tak, to jakie tendencje polityczne powstawały w poszczególnych partiach,

- jaki był stosunek, rzekomo bardziej opozycyjnych, zwykłych członków partii z kół partyjnych do kierownictw partii w okręgach,
- czy i jakie inicjatywy wykazywały poszczególne poziomy partii w czasie rewolucji i do jakich dążyły celów.

Wraz z wyborami do Izby Ludowej w marcu 1990 roku pokojowa rewolucja została zakończona. SED pozbawiono władzy, którą odtąd przejęli demokratycznie wybierani przedstawiciele społeczeństwa. Mimo że już w grudniu 1989 roku pomysł zjednoczenia Niemiec mógł liczyć na większość, proces ten jest kojarzony dopiero z pojawieniem się społecznie popieranej Unii Chrześcijańsko-Demokratycznej (Alianz für Deutschland) w marcu 1990 roku, a kończy się przystąpieniem NRD do RFN, zgodnie z artykułem 23 Konstytucji w dniu 3 października 1990 roku. Ze względu na nieliczne źródła proces ten nie jest szerzej opisywany w pracy. Aby odpowiedzieć na główne pytanie tej rozprawy, skupiam uwagę na okręgu rostockim.

1. Metoda i dobór źródeł

Koncepcja pracy nawiązuje do paradygmatu „panowanie i upór w dyktaturze”, który jest znany na polu „rozszerzonej historii społecznej” i uwzględniania nie tylko historię dnia codziennego na płaszczyźnie mikro, ale także płaszczyznę makro. Włączenie osobistych doświadczeń w struktury wyższego rzędu stawia z jednej strony na pierwszym planie wzajemne oddziaływania rządzących i rządzonych, z drugiej strony, pojmowanie władzy samej w sobie³.

Pojęcie władzy jest rozumiane za Maxem Weberem jako zjawisko procesualne i interakcyjne – trwałe, zorientowane na kompromisy w interakcjach z rządzonymi, przy czym otwierają się różne formy interakcji: opór, kapitulacja, lojalność, pasywność pomiędzy członkami partii bloku a państwem rządzonym przez SED. Członkowie partii bloku, jak również zwykli obywatele NRD mieli pewne uprawnienia do sprawowania władzy wobec osób trzecich. Zrozumienie tego pozwala na dokonanie dokładnej dyferencjacji między rządzącymi podmiotami a rządzonymi obiektami.

³ Por. wyczerpujący wstęp: *Herrschaft und Eigen-Sinn In der Dyktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR (Herrschaft und Erfahrungsdimension, Bd. 1)* [Panowanie i osobisty sens w dyktaturze. Studia historii społecznej NRD (Panowanie i płaszczyzna doświadczenia, t. 1)], red. T. Lindenberger, Köln, Weimar, Wien 1999.

Strukturalna analiza władzy na płaszczyźnie makro nie może być dokonana bez postawienia pytania o jednostkowy „osobisty sens” na płaszczyźnie mikro. Ten „osobisty sens” jest rozumiany jako indywidualne i kolektywne nadawanie znaczeń i ich interpretowanie, które mogą sięgać od zdeklarowanego idealizmu do otwartego sprzeciwu. Jako reakcję na władzę należy przeanalizować rozliczne formy osobistej tożsamości lub jej braku z interesami władzy państwowej. Jest to ściśle związane z pytaniami o kwestie władczo-strukturalne. W ten sposób należy szukać sensu, jaki przedstawiciele partii bloku widzieli w swoim członkostwie, ale nie w strukturach systemu politycznego NRD.

Materiał źródłowy stanowi obszerny korpus składający się z dokumentów czternastu lub dziesięciu⁴ rostockich kół, okręgów partyjnych, jak również materiały służby bezpieczeństwa w Rostocku, które w dużej mierze są udostępnione archiwalnie, jednak tylko w nieznacznym stopniu opracowane naukowo. Zbadanie stosunków z SED, centralną instancją demokracji socjalistycznej, jest niezbędne, aby móc ocenić stopień samodzielności partii bloku. Celowa więc jest praca źródłowa nad materiałami byłej służby bezpieczeństwa i tych struktur SED, których bezpośrednim zadaniem było kierowanie partiami bloku⁵. Aby odpowiedzieć na kluczowe pytania postawione w pracy, przeanalizowano materiały archiwalne w:

- Archiwum Regionalnym w Greifswaldzie (Landesarchiv Greifswald – NDPD),
- Archiwum Krajowym w Berlinie-Lichterfelde (DBD),
- Archiwum Liberalizmu w Gummersbach (LDP(D)),
- Archiwum Polityki Chrześcijańsko-Demokratycznej w Sankt Augustyn (CDU(D))

oraz odpowiednie akta rostockiej służby bezpieczeństwa i oddziałów okręgowych w Urzędzie Pełnomocnika Federalnego do spraw akt Stasi. Dokumenty Ministerstwa Bezpieczeństwa Narodowego stanowiły pewną korektywę dokumentów partyjnych. Wynikało to z krytycznego postępowania Stasi względem

⁴ Z terytorialnego punktu widzenia okręg składał się z 14 powiatów. Nie każda partia bloku miała w danym okręgu własną organizację okręgową. Na przykład DBD nie stosowała podziałów wewnątrz partii na poszczególne okręgi. Okręg składał się z czterech kół: Rostocku, Wismaru, Stralsundu i Greifswaldu i dziesięciu kół regionalnych: Rostock Land, Wismar Land, Stralsund Land, Greifswald Land, Bad Doberman, Grevensmühlen Grimmern, Ribnitz-Damgarten, Wolgast i Rugia.

⁵ Takimi strukturami były np.: Wydział Zaprzyjaźnione Partie Komitetu Centralnego SED, kierownictwo okręgu rostockiego i szefostwa kół partyjnych.

źródeł, co nadawało dokumentom służby bezpieczeństwa duże znamiona autentyczności⁶.

Poniżej przedstawiono wybrane wyniki pracy, uzyskane na podstawie zarysowanego projektu badań.

2. Pierwsze istotne wyniki projektu

2.1. Niepokoje w szeregach partii

1. Niepokoje w partii bloku występowały od 1986 roku. Szczególnie w szeregach CDU(D), LDPD i NDPD wyraźnie zwracano uwagę na reformy Gorbaczowa, żądając ich przeprowadzenia także w NRD. Centralnymi tematami były: otwarta i autentyczna polityka medialna i informacyjna, ujawnienie rzeczywistej sytuacji gospodarczej NRD oraz szczerzy, samokrytyczny i publiczny dyskurs o dalszym rozwoju kraju.

2. Tematy podejmowane przez partie i dostrzegane problemy nie różniły się od siebie. Różnic nie było także między samodzielnie założonymi, kiedyś obywatelskimi partiami LDPD i CDU(D), a NDPD – satelicką partią SED. Tylko partia chłopska DBD silniej akcentowała zasadnicze kwestie w swoim środowisku chłopsko-wiejskim i tym samym wyróżniała się wyraźnie na scenie politycznej. Pytania niezwiązane z polityką – za wyjątkiem reform Gorbaczowa – zyskały na znaczeniu dopiero od 1988 roku. Cechowała je troska o stabilność gospodarczą i polityczną Bloku Wschodniego. Wymuszone reformy gospodarcze i polityczne w Polsce, Rumunii i na Węgrzech stały w centrum prowadzonych dyskusji.

⁶ Por. następującą monografię, a szczególnie artykuł: R. Engelmann: *Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministerium für Staatssicherheit* [Wartość źródłowa dokumentów Ministerstwa Bezpieczeństwa], w: *Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung (Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 1)* [Stan akt. Znaczenie dokumentów Służby Bezpieczeństwa dla badań historycznych (Serian naukowa pełnomocnika Bundestagu do spraw dokumentów Służby Bezpieczeństwa byłej NRD, t. 1)], red. R. Engelmann, K.-D. Henke, Berlin 1995², s. 23–39. O stopniu autentyczności dokumentów urzędowych NRD patrz: J. Gieseke: *Im Dschungel der Parteilichkeit – Amtliche Quellen und die Gesellschaftsgeschichte der kommunistischen Diktatur* [W dzungli partyjności – źródła urzędowe a historia społeczna dyktatury komunistycznej]; Wykład inauguracyjny na konferencji „Von dienstlichen Dokumenten zu Quellen historischer Forschung. Interdisziplinärer Workshop zur Quellenkritik und Dokumentenanalyse” [Od dokumentów urzędowych do źródeł badań historycznych. Warsztaty poświęcone krytyce źródeł i analizie dokumentów]. Bielefeld 16–17.01.2014.

3. Ponieważ w LDPD i w CDU(D) panowała bardziej demokratyczna kultura polityczna, tylko w nich autentycznie rozmawiano o wspomnianych niepokojach. Udział treści krytycznych, artykułowanych przez podstawowe organizacje partyjne, był w LDPD wyraźnie wyższy (ok. 80% całości przekazu informacyjnego) niż w CDU(D) (ok. 40%) i w NDPD (ok. 20%). W partii chłopskiej znajdowały się one na najniższym poziomie (ok. 5%). Zarządom partii musiały być jednak znane oznaki niezadowolenia w niektórych obszarach socjalistycznej demokracji i gospodarki.

4. Chociaż polityka informacyjna SED była we wszystkich partiach masowo krytykowana, LDPD była jedyną partią, w której dyskusje o problemach ideowych przeważały. W trzech pozostałych partiach dominowały debaty o trudnościach w zaopatrzeniu. Odnosiły się one do braków w sektorze usług oraz dóbr materialnych. CDU(D) kładła nacisk na ochronę środowiska. Jedynie liberałowie mogli zachować swoje tradycyjne poglądy w konfrontacji z materialistycznym postrzeganiem świata w socjalizmie.

5. Wszystkie partie wskazywały, mniej lub bardziej, na wyreżyserowany obraz demokracji socjalistycznej w wydaniu SED. Krytyce podlegały ponadto w różnej mierze zarówno wymuszona konkurencja między partiami, konieczność nastawienia się na konkretne grupy wyborców, jak i pozorne możliwości udziału we władzy i powszechna dominacja SED. Zrozumienie, jak działają mechanizmy władzy SED i instrumentalizacja partii bloku, nie wywołało żadnych głębszych refleksji o własnej tożsamości partyjnej i pozycji partii na arenie politycznej. Wprawdzie członkowie CDU(D) dostrzegali, że państwo uczyniło z nich pośrednika w rozmowach z Kościołem, jednak umknęło ich uwadze to, że CDU(D) powinno się opowiadać przeciwko polityzacji i emancypacji Kościoła, aby stać się w ogóle ważnym i wpływowym partnerem dla SED w jej oddziaływaniu na kręgi kościelne.

2.2. Filozofia państwa i samoświadomość

1. Zaszczepione materialistyczne myślenie większości społeczeństwa Niemieckiej Republiki Demokratycznej zapoczątkowało koniec NRD. Stało się to w momencie, gdy Niemiecka Republika Demokratyczna nie była już w stanie zaspokoić rosnących potrzeb materialnych swoich obywateli: jedność silnie proklamowana przez politykę gospodarczą i społeczną, a także nader bliskie powiązanie płaszczyzn ekonomicznej i politycznej w gospodarce planowej NRD spowodowały, że każda krytyka w stosunku do sytuacji aprowizacyjnej była

jednocześnie też krytyką polityki Socjalistycznej Partii Jedności Niemiec (SED), co z kolei destabilizowało NRD⁷.

2. Jedynie Liberalno-Demokratyczna Partia Niemiec (LDPD), której pierwotny charakter był drobnomieszczański, poruszała głównie kwestie demokracjno-polityczne i społeczne. Dominacja tych poglądów sprawiła, że najbardziej zorientowani na reformy liberalni demokraci stali się partią, z którą do lata 1989 roku NRD najszybciej dokonałaby reform.

3. Niepostępowe szefostwo SED, które było niezależne od wydajności gospodarczej NRD, nie zrozumiało, że pokolenie powojenne w większości rości sobie prawo do innych wartości materialnych. Propagowana legitymizacja tej rzeczywistości przez rzekomą politykę pokojową Niemieckiej Republiki Demokratycznej i antyfaszystowską tożsamość państwa miały w tym czasie jedynie abstrakcyjne znaczenie.

2.3. Emancypacja partii bloku

1. Mimo okrojonego i po części zmanipulowanego sprawozdania w mediach NRD, reformy Gorbaczowa rozbudziły wśród wszystkich partii bloku, za wyjątkiem Demokratycznej Partii Chłopskiej Niemiec (DBD), wielkie nadzieje na zreformowanie NRD. W centrum krytyki znalazły się polityka gospodarcza i informacyjna, jak również strategia działania władzy oraz niedostateczne możliwości wpływu partii bloku. Kiedy przez upór i niechęć kierownictwa SED od 1987 roku zawiodły nadzieje na odrodzenie Niemieckiej Republiki Demokratycznej, rozpowszechniło się przekonanie, że pożądane zmiany można wdrożyć jedynie przez wzrost własnych wpływów.

2. Szczebel okręgowy partii bloku w zasadzie reagował mało restrykcyjnie na nieprzychylnie wypowiedzi szeregowych członków partii. Przekazywał on trafne informacje i krytykę działaczy partii do jej zarządu. Zmiany personalne na szczelu okręgowym nie były przeprowadzane lub inicjowane przez kierownictwo okręgu, lecz uchwalane w Komitecie Centralnym (ZK) SED.

3. Funkcjonariusze okręgowi mieli szerokie spektrum działania i prawo do swobody wypowiedzi. Nie byli pociągani do żadnej odpowiedzialności. Tym samym da się jednoznacznie wykluczyć model wymuszonego dostosowania.

⁷ Na ten temat np. B. Bouvier: *Sozialpolitik in der Ära Honecker* [Polityka społeczna ery Honeckera], w: *Die DDR – eine deutsche Geschichte. Wahrnehmung und Wirkung* [NRD – niemiecka historia. Postrzeżenie i oddziaływanie], red. D. Brunner, M. Niemann, Paderborn 2011, s. 203–218.

4. Względna wolność słowa skutkowała bardzo dużą rozbieżnością polityczną pomiędzy pojedynczymi organizacjami okręgowymi partii. Widoczne jest, że okręg graniczny Grevesmühlen był prozachodni, natomiast szczególnie konformistyczny jawił się Stralsund. Abstrahując od stolicy okręgu Rostocku i wyspy Rugii, tylko jednostkowe problemy stawały się ponadpartyjnymi, regionalnymi przyczółkami protestu.

2.4. Oficjalna i nieoficjalna współpraca z Socjalistyczną Partią Jedności Niemiec (SED) i Ministerstwem Bezpieczeństwa Państwowego Niemieckiej Republiki Demokratycznej (MfS)

1. Ministerstwo Bezpieczeństwa Państwowego Niemieckiej Republiki Demokratycznej (MfS) zacieśniało również, oprócz wieloaspektowego komunikowania się w ramach oficjalnej współpracy z SED – nieoficjalne kontakty. SED i MfS formalnie były w stałym kontakcie ze wszystkimi przewodniczącymi okręgu, planowali wspólnie wszystkie zmiany kadrowe, przyjmowali sprawozdania informacyjne szczebla regionalnego, redagowali teksty programowe, zawsze byli informowani o poczynaniach członków partii i kontrolowali ich polityczną działalność.

2. Ponadto MfS utrzymywało około 350 nieoficjalnych informatorów w strukturach rostockich partii bloku⁸, którzy byli zarówno bezfunkcyjnymi członkami, jak i funkcjonariuszami. Niewielu jednak miało bezpośredni wpływ na organizacje partyjne, a wykonywali oprócz czysto informacyjnych zadań zazwyczaj zlecenia z ich własnego środowiska. Szczególnie silnie przesiąknięty agenturą był regionalny rynek prasy partyjnej. Sytuację oceniano w sumie jako „kontrolowaną”. Zmieniło się to dopiero w marcu 1989 roku – MfS zależało na większej liczbie informacji, pozyskało więc znaczącą grupę członków partii, reaktywowało już nieczynnych zawodowo tajnych współpracowników Służby Bezpieczeństwa NRD lub też rozszerzyło ich zadania o bezpośrednią pracę na rzecz partii. Częściej też kształtowano opinie wewnątrz partii. Nie poruszano jednak tematu coraz silniejszego dążenia do uniezależnienia się podstawowych struktur partyjnych.

⁸ Dyslokacja tajnych współpracowników Służb Bezpieczeństwa NRD z 13.04.1989 r. Urząd Pełnomocnika Federalnego do spraw akt Stasi, MfS, Kierownictwo okręgu MfS Rostock, Wydział XX, nr 621, bl. 166.

3. Ówczesne kierownictwa partii, jak również SED i MfS, były na bieżąco informowane oficjalnymi i nieoficjalnymi kanałami o poglądach członków i ich dążeniach do swobodnego wyrażania opinii. SED nie wpływała jednak na krytykę członków partii, także własnych. Hermetyczność systemu politycznego NRD i centralistyczne sprawowanie władzy, tak czy owak, uniemożliwiłyby ewentualną przychylność kierownictw partii w stosunku do nowych idei. Ciekawe jest to, że opinie polityczne MfS odnośnie do niektórych funkcjonariuszy niekoniecznie były zgodne z rzeczywistością. Niektórzy funkcjonariusze okręgowi byli oceniani jako „bardziej niebezpieczni”, niż naprawdę byli. Z kolei ci, którzy reprezentowali postawy wyraźnie nonkonformistyczne, nie zostali zauważeni przez MfS.

2.5. Specyfika partii

1. DBD wykazywała zdecydowanie największe powiązanie z SED. Komunikacja partyjna DBD bazuje w dużej mierze na odwołaniach do pism, przemów, stanowisk i argumentów SED. DBD uważała się za jej najwierniejszego sojusznika, publikowała swoją prasę w wydawnictwie należącym do SED, a w sprawach polityki kadrowej przywiązywała dużą wagę do zgodności z SED. Wewnętrzne szkolenia polityczne partii prowadzili przede wszystkim członkowie SED. DBD zajmowała się głównie sprawami codziennymi, związanymi ze środowiskiem rolnym i wiejskim. Rzadko pozwalała sobie na ogólne wypowiedzi na temat sytuacji politycznej i gospodarczej późnej NRD.

2. W interesującym nas okresie Liberalno-Demokratyczna Partia Niemiec (LDPD) była mówiącą najbardziej autentycznym językiem i o najwyższym poziomie samodzielności. W przeważającym stopniu nie odnosiła się do pism i dyrektyw SED, zajmując się głównie argumentacją własnego zarządu partii. Pod względem komunikacji partyjnej LDPD okazała się być partią najbardziej krytyczną oraz używającą naturalnego języka z niewielką liczbą frazesów, rytualnych zwrotów i zapewnień o swoim poparciu. Niezależny i autentyczny duch sprawozdań odzwierciedla w trafny sposób atmosferę panującą na spotkaniach partyjnych. Także w miesiącach przełomu LDPD poświęcała najmniejszą uwagę SED-PDS, rezygnując tym samym ze strategii agresywnej separacji, stosowanej przez inne partie, a oczekiwanej przez większość członków. Dłuższe obstawanie przy wyobrażeniach socjalistycznej reformy (a co za tym idzie, także przy swoich postulatach z ostatnich czterech – pięciu lat) spowodowało, że dawna partia reform pozostała od grudnia 1989 roku w tyle, przede wszystkim za CDU(D).

3. Krytyczny potencjał narodowo-demokratycznej NDPD był niedoceniany w dotychczasowych rozprawach naukowych⁹. Podobnie jak w przypadku LDPD oraz CDU(D), szeregowi członkowie partii wyrażali ostrą krytykę wobec sytuacji państwa, polityki, demokracji i gospodarki NRD, tworząc opozycję dla skrajnego konformizmu wieloletniego przewodniczącego partii Homanna. Ograniczona swoboda komunikacji w partii spowodowała jednak, że owa krytyka docierała do rządzących w niepełnym zakresie. W przypadku NDPD stało się jasne, iż kierownictwo partii nie wykazuje zainteresowania opiniami działaczy, chyba że miało na celu ich przeforsowanie. Ten stan rzeczy nie ma jednak wpływu na ocenę zdolności działaczy do podjęcia protestu.

4. CDU(D) to partia, która na przełomie jesieni i zimy 1989–1990 roku najszybciej obrała profil działań i utrzymała swoją pozycję. Do czasu „przełomu” działała w łagodniejszym tonie niż LDPD, angażując się w tematy związane z Kościołem i ochroną środowiska, jednak już w grudniu 1989 roku, pod naciskiem własnych działaczy oraz siostrzanej partii CDU, zmieniła kurs. Choć nowy przewodniczący partii Lothar de Maizière tego nie zamierzał, poddał się przymusowi i oczekiwaniom otoczenia – pod jego rządami CDU(D) zrezygnowała z socjalizmu oraz suwerennego, dalszego istnienia NRD. W ten sposób zapoczątkował drogę do niemieckiej jedności, opowiadając się jednak podczas procesu zjednoczenia, do października 1990, za równoprawną integracją obu państw.

5. „Intelektualiści” zajmowali ogromnie ważną pozycję wśród działaczy partii, zwłaszcza w przypadku LDPD. Bardzo często przypisywano im rolę pionierów. To oni zwracali uwagę na problemy, określali tematy, stawiali hipotezy i wpływali na oceny. Miasta uniwersyteckie Rostock i Greifswald nie zyskały jednak na szczególnym znaczeniu, ponieważ okolice były zdominowane przez typowo wiejskie koła partyjne, jak chociażby na wyspie Rugia. W żadnej innej

⁹ Por. na ten temat np. J. Haas: *Die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD). Geschichte, Struktur und Funktion einer DDR-Blockpartei* [Narodowo-Demokratyczna Partia Niemiec (NDPD). Historia, struktura i funkcja niemieckiej partii bloku], Bamberg 1988; R. Höhne: *Von der „Wende“ zum Ende. Die NDPD während des Demokratisierungsprozesses* [Od „przełomu“ do końca. NDPD w czasie procesu demokratyzacji], w: *Parteien und Wahlen im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern* [Partie i wybory w okresie przełomu. Systemy partyjne i zachowania wyborcze w byłej NRD i nowych landach], red. O. Niedermeyer, R. Stöss, Opladen 1994, s. 113–142; D. Staritz: *Die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD)* [Narodowo-Demokratyczna Partia Niemiec (NDPD)], w: *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, ohne Bd.)* [System partyjny między demokracją a demokracją ludową (Mannheimskie badania o polityce i historii NRD, bez numeru tomu)], red. H. Weber, s. 215–239.

partii grupa intelektualistów nie zwracała na siebie jednak aż tak dużej uwagi, mimo że jej udział pośród działaczy był podobny.

6. W trakcie zmian w państwie często poruszano problem granicy polsko-niemieckiej wzdłuż Odry i Nysy. Wszystkie partie zdecydowanie odrzucały ewentualną dyskusję na temat przebiegu granicy i podkreślały dobre stosunki sąsiedzkie, zwłaszcza w organizacjach partyjnych kręgów wschodnich oraz w okręgu granicznym Wołogoszcz (Wolgast). NDPD opowiadała się bardziej zdecydowanie niż inne partie za utrzymaniem *status quo*, mimo że była pierwszą partią, która już w połowie listopada otwarcie mówiła o ewentualnej konfederacji między NRD a RFN¹⁰.

2.6. Kariery po „przewrocie”

1. Obalenie przewodniczących partii Homanna (NDPD) i Göttinga (CDU) na początku grudnia 1989 roku było uzgodnione i poparte przez MfS. Stało się tak, aby zachować stabilność NRD w duchu przewrotu pojmowanego przez Krenza¹¹. Dopiero w trakcie nowego obsadzania stanowisk SED nie była już w stanie się przebić. „Próba wyzwolenia” z hegemonii SED nie polegała więc na dymisji przewodniczących partii, lecz na zajęciu urzędu przez Hartmanna (NDPD) i de Maizièrera (CDU(D)).

2. W porównaniu z innymi działaczami partii wyolbrzymiony jest „potencjał opozycyjny” późniejszych czołowych polityków – Krausego (CDU) i Ortleba (LDPD). Ci politycy zajmowali w swoich okręgowych organizacjach partyjnych centralne miejsca. Podczas gdy MfS oceniało Krausego jako tego „bardziej niebezpiecznego”, niż był on w rzeczywistości, Ortleb pojawia się w aktach Stasi bardzo rzadko. Natomiast MfS praktycznie nie dostrzegało rzeczywistych progresywnych funkcjonariuszy.

3. Prawdziwi prekursorzy obydwu partii nie zrobili po 1989 roku kariery politycznej, rzekomo do tego też nie dążyli, lecz wycofali się z polityki jeszcze w tym samym roku. Z możliwości korzystnego awansu skorzystali ci, którzy jeszcze przed jesienią 1989 roku wiedzieli „skąd wieje wiatr”.

¹⁰ Przemówienie programowe Hartmanna z 17.11.1989 r., Archiwum Krajowe w Greifswaldzie, zasób Narodowo-Demokratycznej Partii Niemiec (NDPD)/4.132/61, bl. 8.

¹¹ Informacja personalna Ministerstwa Poczty i Telekomunikacji z 1.11.1989 r., Urząd Pełnomocnika Federalnego do spraw akt Stasi, Ministerstwo Bezpieczeństwa Państwowego XX Oddział Główny, nr 4836, bl. 39.

4. Narodowo-Demokratyczna Partia Niemiec (NDPD) i DBD jeszcze w marcu, tudzież w sierpniu 1990 roku, włączyły się w struktury koalicji o nazwie Związek Wolnych Demokratów (BFD) lub Unia Chrześcijańsko-Demokratyczna (CDU), a następnie przeszły w struktury Wolnej Partii Demokratycznej (FDP) i Unii Chrześcijańsko-Demokratycznej (CDU). Tylko niewielu członków byłych partii bloku zaistniało w zjednoczonych ugrupowaniach niemieckich. Kilkoro z nich zajmowało jeszcze do połowy lat dziewięćdziesiątych czołowe miejsca na szczęblu partyjnym i rządowym. Wyjątek stanowiła urzędująca premier Turynгии Christine Lieberknecht. Pozostałych polityków nad wyraz rzadko można było spotkać na stanowiskach wyższych niż w zarządach komunalnych lub landów.

Na przykładzie działania partii bloku i ich członków w ostatnich latach istnienia Niemieckiej Republiki Demokratycznej autorka dysertacji bada, jak bardzo łączą się ze sobą władza i osobisty sens działań. Tym samym praca inspiruje do dalszych badań i opisywania różnych struktur rzeczywistości i opcji w NRD.

THE PARTY-BLOCKS IN THE LAST YEARS OF THE DDR A REGIONAL STUDY ON EXAMPLE OF THE DISTRICT ROSTOCK

Summary

In the following article the author discussed the form of research and the central effects of a doctor's project about four smaller party-blocks in the last years of the DDR. The citizens and members of all five party blocks, also SED, demanded between summer 1986 and November 1989 political and economic reforms in the DDR, referring to Gorbatschow's *glasnost* and *perestroika* and under the dynamical influence of the social processes in Poland, Hungary, Yugoslavia and Romania. The parties' members issued critical statements about social deficits within the socialistic system which were relayed to the party leaders with different intensity. The dissertation shall provide answers concerning assumed impulses for the DDR-reformation from the party-blocks even without the citizens' initiatives and the political engagement of the churches. The article discussed the developments of CDU(D), LDP(D), NDPD and DBD since 1980ies and described their positioning within the political and economic system of the DDR.

Translated by Piotr Sulikowski

Keywords: DDR, party-blocks, DDR political system, Glasnost & Perestroika, social change 1989/90, breakdown of the East Block